

Bekleidungsgewerkschaft

GESCHÄFTSSTELLE VENLOER WALL 9
FERNSPRECHER NUMMER 572 59

Erscheint alle 14 Tage Samstags u. kostet durch die Post
0.50 RM für das Vierteljahr - Anzeigenpr. für die sechs-
gesp. Colonellzeile 20 Pf. Stellengesuche u. -Angebote
kosten die Hälfte - Geldsend.: Postscheck. 3596 Köln

Organ des Verbandes christl. Arbeitnehmer
des Bekleidungsgebietes und der Gruppen der
Hutarbeiter, der Friseure und Friseurinnen

Nummer 5/6

Köln, den 18. März 1933

30. Jahrgang

Ein freies Volk, ein starkes Deutschland

Von Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Stegerwald

Wer an politisch verantwortlicher Stelle steht, darf sich nicht auf die Ebene der Romantik begeben, sonst gerät er unausweichlich auf Irrwege. Bei dem Wirrwarr unserer Tage streiten wir uns darüber, ob das gegenwärtige Wirtschaftssystem die Schwierigkeiten, die vor uns stehen, noch meistern kann. In Wirklichkeit kommen diese Schwierigkeiten nicht von diesem oder jenem Wirtschaftssystem, sondern von der verfehlten Weltpolitik, die im letzten Jahrzehnt in der Hauptsache von den Siegerstaaten betrieben worden ist. Wir haben in Amerika das kapitalistische System in Reinkultur, Ergebnis: großes Elend — in Rußland das kommunistische System, Ergebnis: großes Elend — in Italien das faschistische System, Ergebnis: großes Elend — in Deutschland die Mischung zwischen kapitalistischem und sozialistischem System, Ergebnis: großes Elend.

Wir streiten uns weiter in Deutschland darum, ob der Hauptanstoß zur wirtschaftlichen Gesundung von der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Seite her kommen muß, oder ob die Hauptaufgaben zur Gesundung auf innerwirtschaftlichem Gebiete liegen, und ob Deutschland wirtschaftlich sich stärker auf eigene Füße stellen, also Autarkie-Wirtschaft betreiben soll. Auch hier liegt die Wahrheit in der Mitte. Wir müssen unsere deutsche Binnenwirtschaft nach Kräften entlasten, und wir müssen im eigenen Lande möglichst viel Lebensmittel zu gewinnen suchen.

Wenn Hitler und Hugenberg als Ausgangspunkt der deutschen Wirtschaftspolitik vom deutschen Boden ausgehen wollen, so ist das nichts Neues. In Wirklichkeit sind wir schon lange auf diesem Wege. Von 1924 bis 1932 hat sich die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland um 25 Prozent vermehrt. Zu 90 Prozent ernähren wir ja heute schon unsere Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln. Unter der Brüning-Regierung ist die deutsche Lebensmittelfuhr über 3 Milliarden Mark im Jahre auf weniger als 1 1/2 Milliarden Mark zurückgegangen. Davon ist nur nicht viel Aufwands gemacht worden. Von den Lebensmitteln, die wir jetzt noch einführen, können höchstens für etwa 1/2 Milliarden Mark noch geöffnet werden. Aber damit kann die Agrarnot nicht behoben werden.

Die Hauptaufgaben, auch zur Sanierung der Landwirtschaft, liegen in der Stärkung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Ernähren können wir notfalls 65 Millionen Menschen auf deutschem Boden, aber ohne eine starke Ausfuhr können wir diese Menschen nicht lohnend beschäftigen. Wenn die 65 bis 75 Prozent des deutschen Volkes, die Lohn- und Gehaltsempfänger sind, fähig entlohnt werden, dann ist es ausgeschlossen, daß sie dem Bauern ausreichend Fleisch, Milch, Butter zu lohnenden Preisen abkaufen können.

Wir haben gegenwärtig noch einen großen Vorsprung gegenüber vielen anderen Industrieländern. Dieser Vorsprung darf durch Autarkie-Spielerei nicht gefährdet werden. Die Gefahr besteht aber gegenwärtig in sehr starkem Maße.

Wenn die Menschen, die die Mitte Europas bewohnen, endlich einmal Volk und Nation werden wollen, dann ist u. a. erforderlich eine gemächte und geläuterte Demokratie, die wir selber nicht haben konnten, weil das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit im Untertanengeist aufgewachsen und erzogen worden ist. Notwendig ist dann ferner ein klares, illusionstheoretisches wirtschaftliches Denken. Wir müssen heraus aus der Denkweise des Diktaturlüternen absoluten Kapitalismus. Wir müssen aber auch heraus aus der illusionistischen Vorstellungswelt von Kommunismus, Sozialismus und Faschismus.

In Amerika war in den letzten Jahren die Forderung des Tages: „Technische Erfinder vor die

Front!“ Gegenwärtig ertönt jedoch lauter der Ruf: „Soziale Erfinder vor die Front!“ Auch in Deutschland muß die Technik wieder ihren Sinn bekommen. Sie kann nicht Selbstzweck sein, sie soll Helferin, Wohltäterin der Menschheit werden. Es kann nicht Sinn der Technik sein, daß einzelne modernen eingerichtete Betriebe entstehen, deren sich die Kartelle bemächtigen und die dann die mittleren und kleineren Betriebe aufkaufen. Auf diese Art werden blühende Bezirke in industrielle Friedhöfe umgewandelt. Für die Volkswirtschaft wird damit nichts gewonnen. Was einzelne Industrien produzieren, muß die Allgemeinheit wieder an Steuern aufbringen für die Unterhaltung der Arbeitslosen. Auch kann es nicht als Fortschritt angesehen werden, daß ein halbes Duzend Großbanken ungeheure Kapitalien an sich ziehen, mit diesen vielfach die Mammutbetriebe, die sehr schwer überlebar und daher in Krisenzeiten großen Verlustgefahren ausgelegt sind, kreditieren, während die mittleren und kleineren Betriebe keine Kredite bekommen können.

Die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft muß erfolgen durch eine gute Außenpolitik und durch politische Beruhigung im Innern.

Beides ist nur möglich, wenn alle Kräfte, die guten Willens sind, zu einer möglichst breiten Front zusammengefaßt werden.

Die deutsche Wirtschaftspolitik muß pfleglich behandelt werden. Es muß wieder ein viel größerer Teil des deutschen Volkes mit der heimatischen Scholle in Verbindung gebracht werden. Ein umfassendes Siedlungswerk ist dazu notwendig. Landwirtschaftliche, nebenberufliche und städtische Vorkommenssiedlung ist notwendig. Auch dem Industrie- und Arbeiter muß in viel größerem Umfang Land und Eigentum verschafft werden. In der Wohnweise der Bevölkerung muß eine größere Dezentralisation stattfinden.

Die angedeuteten Ziele sind sowohl gute Wirtschaft als auch Sozialpolitik. Sie sind auch gar nicht neu und werden seit Jahren systematisch angestrebt. Zu ihrer Erfüllung ist natürlich eine möglichst weitgehende geschlossene Zusammenarbeit des deutschen Volkes notwendig. Die gegenwärtige Regierung führt den Kampf praktisch gegen vier Fronten. Sie führt ihn, mit Ausnahme von Italien, gegen eine geschlossene Außenfront. Es wird im Lande geführt der Kampf zwischen Norden und Süden, es wird Kampf geführt gegen den Marxismus — und praktisch ist im Lande, ob von allen Seiten gewollt oder ungewollt — ist gleichgültig, wieder der alte Kampf zwischen Protestantismus und Katholizismus auf der ganzen Linie im Gange. Das ist reichlich viel auf einmal. Daß dieser Kampf nicht zugunsten des deutschen Volkes enden kann, ist für alle politisch denkenden Menschen eine ausgemachte Sache.

Ein Volk wie das deutsche, das zu den geistig und sozial zereifenssten Völkern der Welt zählt, kann nicht einmal extrem rechts und das andere Mal extrem links regiert werden.

Was heute eine Rechtsregierung macht, würde morgen eine Linksregierung wieder aufheben und umgekehrt. Und zu glauben, daß eine Diktaturregierung von rechts in Deutschland jahrelang ungehindert arbeiten kann, ist eine große Illusion. Sie wird außenpolitisch zur Erfolglosigkeit verurteilt sein und im Innern ständig unter einer Art Belagerungszustand arbeiten müssen. So kann kein modernes Kulturvolk dauern leben. Dadurch würden auch Handel und Wandel gestört. Das deutsche Volk wird nach dem, was es in den letzten zwanzig Jahren ausgestanden und gelitten hat, entweder gemeinschaftlich zur äußeren und inneren Freiheit kommen oder gemeinschaftlich verarmen, entweder gemeinschaftlich

auffsteigen oder gemeinschaftlich untergehen. Mit Kampf und nichts als Kampf ist das Schicksal des deutschen Volkes nicht zu meistern. Wir wollen kein von links unterdrücktes Deutschland, kein von rechts unterdrücktes Deutschland und kein vom Ausland unterdrücktes Deutschland!

Aus diesem Willen ergibt sich die Arbeit der Stunde.

Wirtschaft und Arbeitsgemeinschaft

Zum Vorschlag von C. F. v. Siemens

Die vor einigen Tagen gehaltene Rede Carl Friedrich von Siemens auf der Generalversammlung der Siemens & Halske A. G. wird in Arbeiterkreisen sehr beachtet. Siemens kam auf die von ihm mitgegründete Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands zu sprechen und sagte: „Die Überzeugung der gegenseitigen Abhängigkeit lag dem Gedanken der vor 14 Jahren gegründeten Zentralarbeitsgemeinschaft zugrunde, die von gewerkschaftlicher Seite gefordert wurde. Die heutige Not sollte Veranlassung geben, daß jeder Weg gemeinsam er Arbeit wieder versucht wird. Unternehmer und Gewerkschaften haben sich mit ihren Konjunkturtheorien geirrt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten aber daher auch versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen die Wirtschaft vor weiteren Schäden zu bewahren.“ Dielem Vorschlag kann man nur zustimmen. Er wird ja nicht von irgendwem gemacht, sondern von einem unabhängigen Manne, der schon in der auskritischen Zeit im Jahre 1918 mit Hugo Stinnes, von Raumer, Dr. Rathenau und von Borja usw. die Verhandlungsverträge mit den Gewerkschaften aufnahm, Deutschlands bedrohliches Schicksal in entscheidender Stunde gemeinsam zu meistern. Die Tätigkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft und auch vieler Reichsarbeitsgemeinschaften war während der damaligen kritischen Zeit gemeinschaftlich gegenwärtig. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß sie durch ihre Wirksamkeit während und nach der Revolution die deutsche Wirtschaftskatastrophe und das Chaos verhindert hat. Es kam doch nicht vor ungeführt, daß es in den gefährlichsten Perioden immer wieder gelang, auch die radikalsten Volksmassen zur Vernunft und an die produktive Arbeit zu bringen. Dabei fehlten damals noch jahrelang in Deutschland selbst die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe. Das alles hat man zu schnell vergessen. Heute schwimmen wir in Waren und Vorräten jeder Art. Nur kann die Waage des Volkes wegen der gestunkenen Kaufkraft, die u. a. auch durch die blöden Abschließungsverträge der Völker untereinander beeinflusst wird, nicht erwerben. Herr von Siemens hat in seiner Rede diesen heißen Punkt ganz besonders behandelt.

Die christlichen Gewerkschaften nehmen den Ruf des Herrn von Siemens auf. Sie stehen nach wie vor christlich und überzeugt am Gewerkschaftsdenken und zur Arbeitsgemeinschaftsidee, weil sie tragende Grundideen für die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung sind. Von christlicher Arbeitnehmerseite ist auch der Zentralarbeitsgemeinschaft und den Reichsarbeitsgemeinschaften nicht gefordert worden. Leider wurde, und hier muß Herr von Siemens ergänzt werden, unternehmerseitig — besonders im Westen — durch das Verhalten eines Teiles der Industrie in sozialen Fragen nach einigen Jahren der Wirksamkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft viel Vertrauen bei der Arbeiterschaft zerstört und der Arbeitsgemeinschaftsgedanke enorm geschwächt. Gewiß hatte der Arbeitsgemeinschaftsgedanke auch von vornherein seine Gegner in dem radikalsten, klassenkämpferisch eingestellten sozialistischen Lager, und zwar ebenso wie bei dem Teil der Arbeitgeber, der es nicht über sich bringen konnte, aus veränderten Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen mit uns christlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Es wird nicht so leicht sein festzustellen, welcher der beiden Teile die größere Schuld an dem Ausritt wichtiger Arbeitsgemeinschaften aus der Zentralarbeitsgemeinschaft und an der zeitlichen Vornahme der Reichsarbeitsgemeinschaften trägt. Trotzdem bleibt es richtig, was Herr von Siemens sagt, daß die heutige Not Bergemeinsamer Arbeit zwischen Unternehmer, Arbeiterschaft und Gewerkschaften wieder versucht wird.

Wir leben wieder in Revolutionszeiten, in denen die deutsche Wirtschaft leicht nur die Kunde geben kann. Die Unternehmerorganisationen haben, ebenso wie die christlichen Gewerkschaften, eine völlige Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft abgelehnt. Es befindet sich noch ein Teil derselben. Das Abkommen vom 15. November 1918 ist eigentlich von keiner Seite aus ordnungsmäßig ge-

Seit noch, obwohl ihre Lebenszeichen schwach sind, die Präsentationsperiode für die Ernennung der Reichswirtschaftsratsmitglieder. Angelegen von den fortwährend gemeinsamen Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, haben auch wieder in den letzten Jahren wachsende Besprechungen über ausstehende ährtliche wirtschaftliche und soziale Fragen in wachsender Form zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen stattgefunden. Man sollte glauben, daß in diesen Zeiten der gute Wille auf beiden Seiten wieder da sein müßte, um die Streitpunkte und die Fragen, an denen bisher die Verständigungsperiode scheiterten, schließlich zu beilegen und wieder wie ehemals zusammenzuarbeiten.

Die christlichen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß nicht im Klassenkampf oder im Werkgemeinschaftsgedanken, sondern in dem Berufsbewußtsein, der uns von der Lehrtätigkeit bis zum Grabe trägt, die Zusammenarbeit und Verhandlung mit den Unternehmern zu suchen ist; denn er ist doch immer der richtigere und tragfähigere. Man sollte deshalb versuchen, eine neue einfachere Form, die nicht, wie die frühere, mit vielen Paragraphen und Bestimmungen beschwert zu sein braucht, für eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden. Es geht nunmehr um den festen Willen, sich gegenseitig näherzukommen, um freiwillig im Interesse der Wirtschaft und des Volkes mehr zu leisten, als durch Gesetz und Verordnung vorgeschrieben ist. Friedrich Baehr, W. d. R. W. A.

Heeres-Bekleidungsämter

Tarifvertrag für die Heeresbetriebe

Ueber den für die Heeresbetriebe gültigen Tarifvertrag (TAV) fanden am 24. Dezember 1932, am 26. Januar und 8. Februar 1933 Verhandlungen statt. Diese führten zu einem Ergebnis, so daß der Tarifvertrag (TAV) mit Wirkung vom 1. April mit nachfolgenden Änderungen wieder fortbesteht:

1. Die Ausführungsbestimmung 1 zu § 5 wird gestrichen.
2. § 10. Abs. 2 entfällt, Abs. 3 wird Abs. 2. Außerdem gilt bis 1. Oktober 1933 folgende neue Bestimmung: „Nicht vollbeschäftigte Arbeiter, die vor dem 1. April 1933 im Arbeiterverhältnis beim Reich beschäftigt waren, erhalten in der Zeit vom 1. April 1933 (Beginn der Lohnwoche) bis zum 1. Oktober 1933 (Ende der Lohnwoche) zum Grundlohn einen Zuschlag von 8 v. H., wenn ihre Beschäftigungszeit in der Lohnwoche unter 36 Stunden geblieben ist.“
3. § 21. Folgender Absatz 1 zu aufzunehmen: „Berufungsanwärter, die gemäß § 1245 RVO. von der Berufungsverpflichtung befreit sind, sind nicht verpflichtet, Mitglied bei der Zukunftsberufungsanstalt des Reichs und der Länder zu werden.“
4. § 24 erhält folgenden zweiten Absatz: „Die Zustimmung zur Nebenschäftigung gegen Entgelt kann jederzeit widerrufen werden.“
5. § 25. Absatz 9 erhält folgenden Zusatz: „An den Vorbereiten des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes findet eine Dienstbeurlaubung — unbeschadet des § 8 Abs. 1 — nicht statt, soweit hierdurch die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters unter vier Stunden sinken würde oder eine vor 13 Uhr liegende Arbeitszeit ausfallen würde.“
6. § 27. Dem Absatz 1 ist als zweiter Satz anzufügen: „Der Krankengeldzuschuß darf jedoch nicht über 60 v. H. des jahresmäßigen Krankengeldes hinausgehen.“
7. § 31. Dem Absatz 2 wird als neuer Halbabsatz angefügt: „Dies gilt entsprechend im Bereich der Reichswehr hinsichtlich der durch ihre Fürsorgestellen vermittelten arbeitslosen Berufungsanwärter.“

Jugendbewegung

Wir können von München von einer gut verlaufenen Jugendgeneralversammlung berichten. Jugendleiter sind heute sehr beschäftigt über das organisatorische Leben ihrer Gruppe. Die bausenden politischen Wirrnisse, die ihnen Arbeit eine gewisse Störung, aber wir wissen trotzdem keinen Durcheinander. In jeder Jugendgruppenversammlung werden die einzelnen Aufgaben beraten. Viele Kollegen nahmen regelmäßig an den Herkommenen und Bestimmungen der Jugendpartei teil. Daneben fanden vier gemeinsame Versammlungen, drei Versammlungen der weiblichen Gruppe und vier Versammlungen der männlichen Gruppe statt, in welchen durchweg bildende Vorträge gehalten wurden. Drei Veranstaltungen mit Vortragsvorlesungen: „Deutschland und die Weltreligion“, „Das schöne deutsche Südland“ und „Meine Wanderung durch Spanien und Frankreich“ von einem Jugendkollegen fanden eine gute Aufnahme. Weitere drei Jugendveranstaltungen, darunter ein Frühjahrs- und ein Herbstereignis mit überwiegender Unterhaltungsprogramm, das ausschließlich von Jugendmitgliedern bestanden wurde, waren jeweils gut besucht. Führungen fanden statt in das Deutsche Museum, Nationalmuseum und Spinnmuseum. In Stelle eines Tierparties wurde eine Wanderung in das Tierpark gemacht. In Wanderungen und Ausflügen keine genannt: eine Radpartie nach Starnberg, eine Gedächtnisfeier der männlichen und weiblichen Gruppe und das Treffen mit der Augustiner Berufsgruppe in Hirschfeldbrunn mit einer erfreulich guten Teilnehmerzahl. Außerdem wurden noch verschiedene kleine Wanderungen oder Ausflüge veranstaltet. Kollege Seibold sprach über den Sinn der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und berichtete über die Organisationsarbeit im vergangenen Jahre. Was die Berufsgruppen eine die Hilfe ihrer Organisation sein würde, was hier lebendig zum Ausdruck gekommen von der Wichtigkeit der Tätigkeit, läßt sich wenig davon systematisch aufzählen. Nebenbei Arbeitszeit von Schülern und Berufstätigen, Gesundheitsbewahrung von Schülern und Berufstätigen, Gesundheitsbewahrung von Schülern und Berufstätigen, Gesundheitsbewahrung von Schülern und Berufstätigen.

Artikel 2.

Die am 28. Dezember 1932 getroffene Vereinbarung, monach der Tarifvertrag (TAV) erstmalig bis zum 28. Februar 1933 gültig zu werden kann, tritt außer Kraft.

Berlin, den 10. Februar 1933.

(Unterschriften.)

Betriebsratswahlen in den Heeresbetrieben

Nachdem im vergangenen Jahr auf Anordnung der Reichsregierung die Betriebsratswahlen allgemein ausgesetzt waren, wird in diesem Jahre wiederum gewählt. Für die dem Reichsministerium unterstellten Betriebe finden die Wahlen am 20. und 21. März statt. Ueber die Bedeutung der Betriebsratswahlen ist in unseren Beiträgen schon mehrfach berichtet worden. Es kann deshalb erörtert werden, daß unsere Kollegen der Reichswehrbetriebe allerorts Wahlen eingereicht haben. Sollte es vorgekommen sein, daß in dem einen oder anderen Betriebe keine Wahlen eingereicht worden sind, dann muß sich die Reichswehr eines solchen Betriebes darüber im Klaren sein, daß sie nach der herrschenden Rechtsprechung die Vorteile der Betriebsratswahl nicht genießt.

Für die Wahlen zum Hauptbetriebsrat haben die beteiligten Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes wiederum eine gemeinsame Liste eingereicht, die wie die früheren Listen mit dem Kennwort „Christlich-nationale Arbeiter und Angestellten“ versehen worden ist. Die Liste hat die Ordnungsnummer 3 erhalten. Da die Wahlen zum Hauptbetriebsrat gleichzeitig mit den Wahlen zu den Einzelbetriebsräten stattfinden, ist darauf zu achten, daß keine Verrechnungen unterlaufen. Die Ordnungsnummern werden bekanntlich von den Wahlvorständen je nach der Reihenfolge, wie die Listen eingehen, bestimmt. Die Ordnungsnummern unserer Listen werden deshalb in den einzelnen Orten voneinander ab. Es ist unmöglich, diese hier sämtlich bekanntzugeben. Es muß deshalb in den einzelnen Ortsgruppen auf die Nummer unserer Listen hingewiesen werden. Alle Mitglieder in den Heeresbetrieben müssen es sich zur Ehrenpflicht machen, dafür zu sorgen, daß für unsere Listen möglichst viele Stimmen abgegeben werden. Für die Wahlen zum Hauptbetriebsrat ist unsere Liste allerorts die Liste 3.

Unsere Rechtsschutzfähigkeit im Jahre 1932

Die Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes war im Jahre 1932 etwas geringer als in den vorhergehenden Jahren. Die Ursache liegt wohl darin, daß die Arbeitnehmer in Folge der harten Krise nicht in allen Fällen der Rechtsverletzung, von welchen sie betroffen wurden, den Mut fanden, Rechtserhaltung einzulegen. Deutlich erkennbar ist diese Tendenz in bezug auf Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis, die in weit geringerer Anzahl zum Austrag kamen, als in den Jahren vorher. Wir geben nachstehend eine Aufstellung über die Rechtsschutzfähigkeit unserer Sekretariate im vorliegenden Jahre:

Art der Rechtsschutzfälle

Arbeitsvertrag	1707	371	158
Betriebsratswahlen	113	30	3
Krankversicherung	207	33	2
Unfallversicherung	10	3	0
Invaldenversicherung	131	19	5
Militärversorgung	33	4	3
Arbeitslosenversicherung	396	106	50
Fürsorgepflichtverordnung	56	26	3
Steuerfragen	288	140	3
Mietstreitigkeiten	155	29	9
Freiwilligkeit	30	17	10
Sonstiges	102	47	3

Insgesamt 3318

825

249

Das Ergebnis der Rechtsberatung ist nicht im einzelnen bekanntstellen, da manche Mitglieder es vorzögen, über den Ausgang der Streitfälle zu berichten. Soweit Be-

richte einfließen, ist festgestellt, daß 1257 Fälle mit vollem, 274 mit teilweise und 190 ohne Erfolg endeten. An Vorerfolgen waren, soweit feststellbar war, 29.661 RM zu verzeichnen. Der Gesamterfolg ist zweifellos viel größer, zumal untererzählt nur die Rechtsschutzfähigkeit in den Sekretariatsorten zu erfragen war.

Die Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes ist trotz der Unruhe der Zeit immer noch sehr erfrischend, wie aus den aufgeführten Ziffern erkennbar ist. Nur sehr wenig Streitfälle hätten die Mitglieder aus eigener Kraft durchziehen können. In der Rechtsschutzfähigkeit steht eine ungeheure Arbeitsleistung der Angehörten des Verbandes. Es muß neben der Verwaltungsarbeit geleistet werden. Ob jene Schreier, die heute so viel auf die Gewerkschafts-„Sengen“ schimpfen, davon eine Ahnung haben? — Wir glauben es nicht, denn sonst sollte man annehmen, daß sie sich schämen würden, gerade jene Menschen zu beschimpfen, die in den letzten Jahren nicht nur ein großes Maß von Arbeit leisten mußten, sondern davor angegriffen waren, wie kaum ein Arbeitnehmer, der im Arbeitsverhältnis stand.

Zulassung von Bausparkassen

Mitte November veröffentlichte das Reichsaufsichtsamts die erste Liste von solchen Bausparkassen, die zugelassen sind. Insgesamt sind dies 22 Bausparkassen. Seit Bestehen des Gesetzes sind 62 Bausparkassen vom Reichsaufsichtsamtsamt zugelassen worden, Konturs annehmen bzw. den Weiterbetrieb einzustellen. Mehr als 200 Bausparkassen unterliegen noch der Prüfung und viele wird das gleiche Schicksal treffen.

Es ist eigenartig, daß gerade die Bausparkassen, die noch nicht lange existieren oder wenig geleistet haben, bei der Verarbeitung die größten Verpfehlungen machen. Gerade dadurch ist leider die an sich gesunde Bausparkassenbewegung in Mißkredit geraten. Weitere, bewährte Bausparkassen lassen ihre Leistungen sprechen. Wenn z. B. die älteste und größte deutsche Bausparkasse, die Gemeinshaft der Freunde, Wägenrot in Ludwigsburg in den acht Jahren ihres Bestehens fast 200 Millionen Mark an ihre Bausparer zugewiesen und damit schon über 13.000 Eigenheim finanziert hat, so spricht das für sich selbst. Diese Reihe ist nach dem Gesetz zum Geschäftsbetrieb berechtigt. Mit dieser Kategorie haben auch die christlichen Gewerkschaften, kath. Arbeitervereine, der Reichsverband deutscher Rauproduktionsgenossenschaften, der Zentralverband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der Verband Heimbau u. a. ein Freundschäftsabkommen getroffen. Diese Organisationen empfehlen diese über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Reihe.

Diesigen, die einen Bausparvertrag abschließen wollen, mögen sich nicht von allen möglichen Verpfehlungen beeinflussen lassen, sondern mehr darauf achten, was die Bausparkasse an Leistungen aufzuweisen vermag. Man achte besonders auf die Solidität des Kapitalbesitzes, Alter und Größe der Kasse und die gesammelten Erlöse, auf die Vertrauenswürdigkeit, die Sicherheit der Kapitalanlage, die Höhe der Rückstellungen und die Stelle fest, welches Ansehen die Kasse in der Öffentlichkeit genießt und welche Persönlichkeiten bzw. Körperschaften hinter ihr stehen. Dadurch kann man sich vor Schaden bewahren.

Bezirkskonferenzen

3. Bezirk

Am 5. Februar fand in Düsseldorf eine gutbesuchte Konferenz der Ortsgruppenvorstände des 3. Bezirkes statt. Bezirksleiter G. S. G. eröffnete dieselbe und widmete dem vornehmen Göttinger und Ehrenvorstehenden des Verbandes, Kollegen W. d. R. S. W. a. z. m. a. n. n. einen ehrenden Nachruf, der von der Versammlung stehend angehört wurde. Zu Hochzeiten der Tagung wurden die Kollegen Müller (Düsseldorf) und Heinrichs (Machen), zum Schriftführer Krenner (Koblenz) gewählt.

Der Bezirksleiter gab sodann einen Bericht über den

organisation findet die Berufsberatung in ihrem natürlichen Ringen für Selbstbestimmung den Boden, auf dem sie fest steht. Darum rufen wir ihr zu: „Seid euch selbst treu!“

Wirtschaftspolitik nach verschiedenen Maßstäben

Kritik der Konjunkturforschung

Nach Zeitungsmeldungen hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am 21. Februar d. J. den Antrag des Deutschen Gewerkschaftsverbandes auf weitere Erhöhung der gewerblichen Genossenschaften in Höhe von 30 Millionen Mark angenommen. Damit stellt sich die Höhe der Reichszuschüsse für die Genossenschaften des Mittelstandes auf 65 Millionen Mark. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben die den verschiedenen Anlässen Reichs- und Bundeszuschüsse in Höhe von rund 400 Millionen Mark erbeten.

Bemerkenswert ist aber, daß ein Antrag der Konjunkturforschung, als der Genossenschaften der Arbeitnehmer, die bisher stets unberücksichtigt blieben, abgelehnt wurde. Die dritten Schichten des Arbeitervolkes verdienen eine solche ungerechte Zurücksetzung ihrer Genossenschaften nicht. Die Arbeitnehmer neben der Landwirtschaf und dem Mittelstand nicht die Fürsorge der Reichsregierung für ihre Genossenschaften. Sie erheben aber Einspruch dagegen, daß ihre eigenen Genossenschaften, die sie mit ihren eigenen Ersparnissen aufgebaut haben, nicht vor den Folgen der Staats- und Wirtschaftskrise ebenso geschützt werden wie die Genossenschaften der anderen Stände. Sie verstehen diese ungerechte Behandlung um so weniger, als doch jetzt die Nationalsozialisten, die sich Arbeiterpartei nennen, in der Regierung sitzen, die in ihrem Programm die Verbrauchsökonomie fordern. Die Genossenschaften im allgemeinen und die Konsumgenossenschaften im besonderen sind aber die Träger der sozialen Verbrauchsökonomie. Hoffentlich wird dieser Widerspruch niemals einer Revision unterzogen.

